

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Nahverkehr ausbauen:
Finanzierungsvereinbarung
zwischen mit Bund

6 Ausschuss in Straßburg:
Abgeordnete besuchen das
Europaparlament

7 Die Petition des Monats:
Brennstoffhilfen in Thüringen,
Rückblick & Bilanz



Ideenland Thüringen

Hochschulen sind Orte des Lernens, Lehrens, Forschens, aber auch des Zusammenlebens. Sie sind keine Elfenbeintürme, sondern Einrichtungen, an denen in Thüringen an den gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit gearbeitet wird. Sei es im Bereich erneuerbarer Energie an der Hochschule Nordhausen, in der Entwicklung von Ideen zur Mobilität von morgen an der Technischen Universität Ilmenau oder in der Auseinandersetzung mit Fragen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Zeiten globaler Umwälzungen an den Universitäten in Jena, Weimar oder Erfurt, um nur einige Beispiele zu nennen. Es werden Menschen für verschiedene Bereiche ausgebildet, um Verantwortung als Lehrkräfte, Ingenieur:innen, in der Verwaltung oder im Gesundheitswesen zu übernehmen. An allen Hochschulen tragen Lehrende, Forschende und Studierende einen wichtigen Teil dazu bei, eine lebenswerte Zukunft in Thüringen zu gestalten. Damit dies gelingt, haben wir als LINKE in den vergangenen Jahren intensiv an einer besseren Finanzierung, Demokratisierung sowie verbesserten Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen gearbeitet. Wir möchten uns nicht auf dem Erreichten ausruhen.

Die Pandemie hat die Lehre verändert, die Energiekrise und Inflation haben auch die Hochschulfinanzierung beeinflusst. Studentische Beschäftigte streiken für einen längst überfälligen Tarifvertrag, und wissenschaftliche Mitarbeiterinnen streben ein Ende von Kettenbefristungen an. Dafür ist endlich Bewegung auf Bundesebene erforderlich. Auch im Land stehen Aufgaben vor uns. Diese haben wir gemeinsam mit Lehrenden, Studierenden und Beschäftigten diskutiert, denn sie sind die Experten vor Ort. Auf ihre Impulse bauen wir als LINKE, um auch im Land und in Regierungsverantwortung für mehr Mitbestimmung, gute Arbeit und eine angemessene Finanzierung der Hochschulen in Thüringen zu sorgen.
Christian Schaft, Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung



Die Zukunft unserer Hochschulen

Für mehr Mitbestimmung, gute Arbeit und eine angemessene Finanzierung der Hochschulen in Thüringen.
Seiten 4-5

Linker Ticker

„Anstatt sich plötzlich um die Frage des Krankenstands bei der Thüringer Polizei zu kümmern, nachdem eine Landtagsanfrage ausgewertet wurde, wäre die CDU gut beraten gewesen, dem aktuellen Landeshaushalt zuzustimmen. Darin stehen nämlich bereits 90.000 Euro auf Initiative von rot-rot-grün, um mit einer Studie zum Gesundheitsmanagement der Polizistinnen und Polizisten das Thema umfassend anzugehen“, erklärt der innenpolitische Sprecher der LINKEN im Landtag, **Sascha Bilay**. Der Innenexperte verweist darauf, dass die Gewerkschaft der Polizei bereits vor einigen Jahren eine eigene Untersuchung durchgeführt habe. Diese Initiative habe rot-rot-grün aufgegriffen. +++ Am 1. Mai 2023 fand eine antifaschistische Demonstration in Gera statt, die aufgrund von Kommunikationsfehlern der Polizei fälschlicherweise gestoppt wurde, woraufhin es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Eine Hälfte der Demonstration wurde dann willkürlich und unverhältnismäßig eingekesselt, von über 250 Personen die Identität festgestellt und eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Anlässlich der erfolgten Durchsuchungen in mehreren Bundesländern **Katharina König-Preuss**, Sprecherin für Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE: „Seit über sechs Monaten versuchen wir im Landtag, diesen völlig fehlgelaufenen Einsatz auf verschiedenen Ebenen aufzuklären. Bis heute liegen uns lediglich Nachweise darüber vor, dass die Polizei selbst Pfefferspray eingesetzt hat.“ +++ Zu der vorgeschlagenen Rentenreform der Wirtschaftsweisen äußert sich **Karola Stange**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und rentenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag, kritisch: „Erneut empfehlen die Wirtschaftsweisen, das Eintrittsalter in die Rente an die Lebenserwartung zu koppeln und damit stetig zu erhöhen. Was bedeutet, die Beschäftigten in Deutschland um weitere Jahre ihres wohlverdienten Ruhestandes zu bringen. Das tritt die Lebensleistung der Beschäftigten mit Füßen und zeigt uns, dass die Wirtschaftsweisen die Lebensrealität der Beschäftigten gerade hier im Osten kaum wahrnehmen. Um unser Rentensystem zu stärken, müssen ausnahmslos Alle einzahlen und die Beitragsbemessungsgrenze gehört abgeschafft.“

Impressum

Herausgeberin:
Fraktion DIE LINKE, im Thüringer Landtag
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Redaktion: Lisa Hilpert
V.i.S.d.P.: Olaf Weichler
Telefon: 0361 377-2620
E-Mail: weichler@die-linke-thl.de
Web: www.die-linke-thl.de
Redaktionsschluss: 16. November 2023

Deutschlandticket garantieren – Nahverkehr ausbauen!

Belastbare und kontinuierliche Finanzierungsvereinbarung gefordert

Bundesweit gilt das Deutschlandticket als Erfolgsmodell, jetzt haben Bund und Länder einen Teilschritt zur Weiterführung des Tickets vereinbart. Er greift jedoch entschieden zu kurz. Denn die avisierte Lösung, nicht ausgegebene Gelder von 2023 zum Ausgleich der zu erwartenden Verluste im nächsten Jahr zu verwenden, ist nur ein magerer Kompromiss. Auch wenn die Spitzabrechnung für 2023 noch aussteht, der Verband der Verkehrsunternehmen erwartet für 2024 Verluste in Höhe von rund vier Milliarden Euro.

Die verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Dr. Gudrun Lukin, fordert eine langfristige Lösung: „Das Erfolgsmodell Deutschlandticket verdient eine belastbare und kontinuierliche Finanzierungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern und die Pendlerinnen und Pendler eine Fortsetzungsgarantie. Bundesverkehrsminister Wissing sollte lieber seine Subventionen für den Straßenverkehr in Höhe von ca. 30 Milliarden Euro zielgerichtet abbauen, anstatt Fragezeichen beim Öffentlichen Nahverkehr zu produzieren.“

Bereits jetzt seien die 49 Euro für viele Nutzerinnen und Nutzer eine Schmerzgrenze. Vor allem für die Menschen, die sich kein Auto leisten oder fahren können. „Das erfordert ein Zu-

Deutschlandticket garantieren – Nahverkehr ausbauen

Fortsetzung des Erfolgstickets garantieren!

„Bundesverkehrsminister Wissing sollte lieber seine Subventionen für den Straßenverkehr zielgerichtet abbauen, anstatt Fragezeichen beim ÖPNV zu produzieren.“

Dr. Gudrun Lukin, Sprecherin für Verkehrspolitik

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

#WirMachensGerecht
www.die-linke-thl.de

Foto: pixabay.com @linke_thl

sammendenken aller unterschiedlichen Verkehrsmittel. Das Deutschlandticket ist dabei ein wichtiger Schritt,

weil es den Zugang und die Nutzung von Bus und Bahn vereinfacht“, so die Abgeordnete abschließend.

Tarifbindung zieht reale Lohneinerhöhung mit sich

Lena Saniye Güngör zur Tariffucht-Bilanz des DGB

Der DGB hat am 6. November 2023 eine Tariffucht-Bilanz vorgestellt. Die Ergebnisse zeigen, dass Tariffucht und Lohn-

dumping massive Verluste für die Beschäftigten, gerade in Ostdeutschland, bedeuten. Demnach fehlen Arbeitneh-

merinnen und Arbeitnehmern in Ostdeutschland durchschnittlich 3.915 Euro netto pro Jahr, insgesamt entgehen den Beschäftigten im Osten so jährlich über 14 Milliarden Euro an Kaufkraft. Das geschätzte bundesweite Minus an Einkommen in der Sozialversicherung, im Fiskus und bei den Beschäftigten beläuft sich auf 130 Milliarden Euro pro Jahr.

Die arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag, Lena Saniye Güngör, betont die Relevanz einer Erhöhung der Tarifbindung in Thüringen: „Die Zahlen zeigen unmissverständlich, dass eine Tarifbindung von lediglich 44 Prozent ganz reale und erhebliche Lohneinbußen mit sich zieht. Thüringer Beschäftigte würden ein durchschnittliches jährliches Netto-Plus von 4.076 Euro erzielen, wenn diese in einer tarifgebundenen Beschäftigung tätig wären. Die Kaufkraft würde ebenso steigen und zu einem durchschnittlichen Netto-Plus von 1.912 Euro per anno führen. Tariflöhne werden nur durch aktive Tarifkämpfe der Beschäftigten erzielt. Deshalb braucht es eine starke gewerkschaftliche Organisation, die wir als LINKE-Fraktion weiter konsequent unterstützen.“





Die Ankündigung der Universitätsleitung der FSU Jena im Mai 2023, aufgrund finanzieller Engpässe ab dem 1. Juli 2023 eine Wiederbesetzungssperre einzuführen, hat bei Studierenden und Beschäftigten zu Recht Wut und Empörung ausgelöst. Befürchtet werden massive Einschnitte, die nicht nur die Bedingungen und die Qualität von Lehre und Forschung beeinträchtigen, sondern auch zu erhöhter Arbeitsbelastung und Unsicherheit für die verbleibenden Beschäftigten führen. Es wird kritisiert, dass das Haushaltsloch der FSU Jena auf dem Rücken der Studierenden und Beschäftigten ausgetragen wird. Im Sommer 2023 hat sich deshalb das Bündnis FSU UNTERFINANZIERT gegründet, um auf die anstehenden Probleme aufmerksam zu machen und Transparenz einzufordern.

Mit Abgeordneten verschiedener Fraktionen, Vertreter:innen von Mittelbau und Studierenden an der Universität sowie ca. 50 Teilnehmenden wurde die Wiederbesetzungssperre in Kontext von Schuldenbremse, Bedeutung der FSU Jena in der Wissenschaftslandschaft und für die Region kontrovers diskutiert. Christian Schaft, hochschul-

„Auch für uns war die Stellenwiederbesetzungssperre an der FSU Jena ein Schock.“

Christian Schaft
Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung

politischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag kann die Ängste nachvollziehen und zeigte sich solidarisch mit den Anliegen und Forderungen des Bündnisses: „Auch für uns war die Stellenwiederbesetzungssperre an der FSU Jena ein Schock. Wir haben das Thema als Regierungskoalition in den Ausschuss gebracht und beraten mit dem Wissenschaftsministerium Lage an der FSU. Als Land haben wir in den letzten Jahren viel Geld in die Thüringer Hochschulen investiert, auch in die FSU Jena. In der Thüringer Hochschulrahmenvereinbarung steht

ein jährlicher Mittelaufwuchs von vier Prozent. Zudem sind unter anderem 4,6 Millionen Euro an Energiehilfen aus dem Sondervermögen an die FSU überwiesen worden. Hinzu kommen weitere Entlastungen in der aktuellen Situation durch zusätzliche Mittel in Höhe von mehr als 12 Millionen Euro. Diese Situation ist aber nicht vom Himmel gefallen, sondern hat auch mit Fehlentscheidungen in der Hochschule zu tun. Daher braucht es zusätzlich zur finanziellen Entlastung der Uni vor allem auch Transparenz und eine wohl überlegte Strategie für die Zukunft an deren Entwicklung alle Statusgruppen beteiligt sind.“ Kontrovers wurde zudem über die Übertragung der Bauherrenfunktion an die FSU Jena und dem damit einhergehenden Personalaufwuchs gesprochen. Die Kritik richtete sich an die FSU Hochschulleitung. Die Sorge, dass das Image Schaden nehmen und die Attraktivität der FSU Jena verloren gehen könnten und damit auch negative Konsequenzen für die Wissenschaftslandschaft Thüringen und die ganze Region drohen, war deutlich zu spüren. In diesem Kontext machte Christian Schaft seine Kritik an der Ex-

zelleninitiative der FSU Jena deutlich: „Aus unserer Perspektive ist die Exzellenzinitiative keine nachhaltige Form der Hochschulentwicklung. Wir müssen uns daher auf bundespolitischer Ebene fragen, um welchen Preis wollen wir die Exzellenzinitiative zu Lasten der Grundfinanzierung aufrechterhalten? Für eine exzellente Hochschule werden vor allem auch exzellente Arbeitsbedingungen gebraucht.“

Die Studierenden forderten eine Debatte, die die Gewichtung der Anliegen der verschiedenen Fächer und Statusgruppen berücksichtigt. Sie wollen die Vorschläge der Hochschulleitungen nicht einfach hinnehmen. Weitere Themen waren die Ausfinanzierung der Hochschulen, die Übernahme von Kostensteigerungen zum Beispiel durch Tarifierhöhungen und eine zukunftsfähige Hochschulrahmenvereinbarung VI. Es wurde deutlich, dass das Bündnis FSU UNTERFINANZIERT weiterhin von der Hochschulleitung der FSU Jena einen kritischen Austausch und Mitbestimmung einfordern und das Gespräch mit den Politiker:innen, die für den Landeshaushalt verantwortlich sind, suchen wird.

„Miteinander reden ist die erste Voraussetzung“

Herausforderungen und Chancen bei Inklusion und Demokratiebildung in Schulen

Das war das Thema des neuen Praxistreffens der Fraktion DIE LINKE und der LAG Schule-Bildung in Gera. Rund 20 Bildungspraktikerinnen, vor allem aus Ostthüringen, waren Anfang November in das Büro der LINKEN in Gera gekommen, um gemeinsam über die Herausforderungen zu sprechen, vor denen die Akteure an den Schulen stehen. Denn: Miteinander reden ist die erste Voraussetzung, um in schwierigen Situationen weiterzukommen.

Steffen Kachel, Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Bildung, Jugend und Sport der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, informierte über die beiden Gesetzentwürfe, die seit einem Jahr im Bildungsausschuss liegen (DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und CDU) und zwischen denen sich trotz mehrerer Treffen und Verhandlungsbereitschaft nichts bewegt. Die CDU, so Kachel, sei nicht einmal bereit, kleinste technische Detailfragen zu klären. Sie wittere bei jeder Problemlösung einen Vorteil für die Regierungskoalitionen. Das sei schlicht verantwortungslos. So blieben wichtige Anliegen wie die Verankerung der digi-

talen Bildung inklusive digitaler Lehr- und Lernmittelfreiheit, die verbindliche Praxisorientierung für alle Regel- und Gemeinschaftsschulen und der Ausbau der Multiprofessionalität an unseren Schulen (mehr Schulsozialarbeit, administrative und pädagogische Assistenz) auf der Strecke. Ausführlich und sehr konkret diskutierten die Teilnehmenden anschließend die Herausforderungen, die sich aus der in den letzten Jahren veränderten Struktur der Schülerschaft ergeben. Nicht nur die personelle Ausstattung, sondern auch die Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte und die technische Ausstattung der Schulen stellen engagierte Lehrkräfte, die sich um eine gute Schule bemühen, vielerorts vor große Herausforderungen. Kritisch wurde angemerkt, dass es den Schulämtern und dem Ministerium noch nicht gut gelingt, eine solidarische Unterstützung zwischen den Schularten (vom Gymnasium bis zur Regelschule) und den Regionen (mehr Unterstützung insbesondere für Ostthüringen) bei der Personalsicherung zu organisieren. Ebenso muss der besonders starken Konzentration von



Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an wenigen Schulen entgegengewirkt werden. Begrüßt wurde die Regionalisierung der Lehrerausbildung, die auch mit Ausbildungsstellen in ländlichen Regionen neue Brücken schlagen soll.

Die Diskussion brachte eine Reihe konkreter Ideen hervor, wie darüber hinaus die Gewinnung von Lehrkräften erleichtert werden kann, zum Beispiel durch die Bereitstellung von Wohnraum für Lehramtsstudierende in ländlichen Regionen und durch frühzeitige Information und Werbung an den Universitäten. Inklusive und integrative Ansätze, so fassten Cornelia Müller und Falko Stolp für die LAG zusammen, sind für das Funktionieren einer demokratischen Schule und letztlich auch für das Funktionieren einer demokratischen Gesellschaft unverzichtbar. Dabei stoßen die Akteure auf viele Probleme, für die Lösungen und fachliche Unterstützung gefunden werden müssen. „Deshalb ist es so wichtig, miteinander zu reden. Nicht nur, aber vor allem in der Bildung“, erklärt Steffen Kachel abschließend.

FACH- & AKTIONSKONFERENZ

THÜRINGER HOCHSCHUL- ENTWICKLUNG AUF DEM PRÜFSTAND

Titel-Thema

Veranstaltung zum Empfehlungspapier Hochschulentwicklungsplanung 2030+

Gemeinsam mit Studierenden, Vertreter:innen aus dem Mittelbau, Professor:innen und Gewerkschaften haben wir Anfang November in der Veranstaltung „Thüringer Hochschulentwicklungsplanung auf dem Prüfstand“ das aktuelle Empfehlungspapier der Arbeitsgemeinschaft zur Hochschulentwicklungsplanung 2030+ unter die Lupe genommen. Die Arbeitsgemeinschaft Hochschulentwicklungsplanung 2030+ (bestehend aus Vertreter:innen des Wissenschaftsministeriums, den Hochschulpräsident:innen und einer kleinen Anzahl studentischer Vertreter) hatte ihr Papier im August 2023 auf der 5. Thüringer Landeswissenschaftskonferenz vorgestellt. Handlungsfelder wie Wissensgenerierung und -transfer, Hochschulen und ihre Rolle in der Gesellschaft, Moderne Hochschullehre oder Hochschulorganisation sollen mit Leitlinien untermauert und künftig an den Thüringer Hochschulen umgesetzt werden. Christian Schaft, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion, betont: „Die Diskussionen in der Landeswissenschaftskonferenz haben gezeigt, dass von allen Statusgruppen an den

Hochschulen der Wunsch besteht, an der Diskussion über Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft beteiligt zu werden. Gewerkschaftsvertreter:innen, Lehrende und Promovierende aus dem Mittelbau sowie Studierende wollen mitreden und müssen das auch können, wenn es beispielsweise um Themen wie Mitbestimmung, Studienbedingungen, Gute Arbeit oder Hochschulfinanzierung geht. Mit der Aktionskonferenz haben wir einen Beitrag zur Partizipation geleistet und werden die Ergebnisse in die weiteren Beratungen einbringen“.

Nach Impulsvorträgen von Gewerkschafter:innen, Studierenden und Lehrenden wurde in Kleingruppen zu verschiedenen Themen diskutiert. In der Gruppe „Demokratie und Hochschule“ forderten die Studierenden, ehrliche Lehrevaluationen auf den Weg zu bringen, die alle Beteiligten weiterbringen. Ziel sollte es sein, die Qualität der Lehre zu verbessern. Kritisch wurde angemerkt, dass Lehrevaluationen für Professor:innen eine andere Bedeutung hätten als für Beschäftigte, die befristet in der Lehre angestellt seien und ganz andere Konsequenzen befürchten müssten. Diskutiert wurde auch das Engagement von Studierenden innerhalb und außerhalb der Hochschule und dessen Berücksichtigung durch Credits, also Leistungspunkte im Studium. Auch solche Leistungen müssten aus Sicht der Studierenden anerkannt und im Studienalltag berücksichtigt werden. Während im Workshop „Gute Arbeit“ neue Personalstrukturen und Personalkategorien diskutiert wurden, die eine gerechte Verteilung der anfallenden Arbeit ermöglichen, fand im Workshop „Studium und Lehre“ ein Austausch über die Öffnung von Lehrformen und Lernräumen statt. Neben didaktischen Aktualisierungen sollen die Veränderungsprozesse eng mit digitaler Lehre u.a. durch E-Teach verzahnt werden. Eng verbunden mit der Verbesserung der Lehre ist die Forderung, die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten, Lehrkräften für besondere Aufgaben und auch Lehrbeauftragten in die Leitlinien zur Hochschulentwicklung einzubeziehen.



„Die Diskussionen in der Landeswissenschaftskonferenz haben gezeigt, dass von allen Statusgruppen an den Hochschulen der Wunsch besteht, an der Diskussion über Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Hochschullandschaft beteiligt zu werden.“

Christian Schaft
Sprecher für Wissenschaft, Hochschule und Forschung

Kritisiert wurde auch die starke Fokussierung der Empfehlungen auf die Einwerbung von Drittmitteln. Weniger Lehrbelastung bei sicheren Beschäftigungsverhältnissen war der Wunsch für gute Arbeit und Lehre an Hochschulen.

Das Thema „Wissenstransfer“ im vierten Workshop war geprägt von verschiedenen Dimensionen und der Umsetzung von Kriterien. Sogenannte Transformationsthemen, die in den Hochschulen bearbeitet werden, sollten gestärkt und auch in die Gesellschaft rückgekoppelt werden, so ein Vorschlag aus der Diskussionsrunde. Auch zum Thema „Finanzierung und Hochschulbau“ fand ein reger Austausch über Vorstellungen von Planungssicherheit und Drittmitteln

statt. Erste Überlegungen machen deutlich, wie eine erste Ausgestaltung der Rahmenvereinbarung VI zwischen der Thüringer Landesregierung und den Hochschulen aussehen könnte. Alle Diskussionsgruppen eint die Forderung nach Transparenz und mehr Mitbestimmung. Viele Studierende stören sich daran, dass wichtige Entscheidungen, die alle betreffen, vorher nicht ausreichend diskutiert wurden, wie z.B. die Energieeinsparung durch Bibliotheksschließungen in der Vergangenheit oder aktuell die Wiederbesetzungssperre an der FSU Jena. Auch aus ihren Erfahrungen durch Gremientätigkeiten und durch fehlende Informationspolitik resultieren diese Forderungen.

Christian Schaft zeigte sich dankbar für die anregenden Debatten: „Die Impulse, besonders von den Beschäftigten und Studierenden waren vielfältig und wurden mit konkreten Beispielen praxisnah vertieft. Ich freue mich, dass sich so viele engagierte Menschen eingebracht haben, denn sie sind die Expert:innen an den Thüringer Hochschulen und gestalten vor Ort Forschung und Lehre. Gemeinsam mit ihnen arbeiten wir an der Umsetzung der Ideen und Vorschläge auf verschiedenen Ebenen.“

An dieser Stelle nochmal einen herzlichen Dank an alle, die sich eingebracht und mit diskutiert haben. Besonders möchten wir uns bei den Referent:innen Renate Sternatz als stellv. Vorsitzenden des DGB Hessen-Thüringen, Katrin Glaser aus dem Team Refratsleitung Hochschule und Forschung der GEW Thüringen, Jonathan Schäfer von der Konferenz Thüringer Studierendenschaften (KTS) und Dr. Ulrike Kuch, Vizepräsidentin für gesellschaftliche Transformation an der Bauhaus Universität Weimar bedanken, die die Impulsvorträge vorbereitet und gehalten sowie die Moderation der Workshops übernommen haben.



Dr. Ulrike Kuch, Vizepräsidentin für gesellschaftliche Transformation an der Bauhaus Uni Weimar Input bei der Fach- und Aktionskonferenz „Thüringer Schulentwicklung auf dem Prüfstand“



Stefan Peter Andres, Team Referatsleitung Hochschule und Forschung, GEW Thüringen
Vorstellung der Ergebnisse seiner Arbeitsgruppe



Renate Sternatz, stellv. Vorsitzende, DGB Hessen-Thüringen
Input bei der Fach- und Aktionskonferenz „Thüringer Schulentwicklung auf dem Prüfstand“



Teilnehmende bei der Fachkonferenz im Thüringer Landtag
Oben im Bild: Situation während der Workshops; Unten: Publikumsgäste der Input-Vorträge

Europas führende Organisationen

Arbeitsbesuch des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien in Straßburg

Zu den vielfältigen Aufgaben des Ausschusses für Europa, Kultur und Medien im Thüringer Landtag gehört unter anderem die Prüfung von Vorschlägen des Europäischen Parlament und Rates auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzip (die juristische Vereinbarkeit mit der nationalen Gesetzgebung). Aber auch die allgemeine Überprüfung der Aktivitäten Europäischer Institutionen und Initiativen und derer direkter oder indirekter Einflüsse auf den Freistaat Thüringen. Jährlich erfolgt deshalb eine Ausschussreise zum Sitz wichtiger europäischer Institutionen, um sich vor Ort mit Akteuren und Gruppen auszutauschen und Eindrücke von den aktuellen Prozessen und Themen zu bekommen. Aus diesem Grund führen die Vertreter des Ausschusses vom 6. - 7. November nach Straßburg.

Von der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag waren neben dem Europapolitischen Sprecher Markus Gleichmann, dem Medienpolitischen Sprecher André Blechschmidt und der Ausschussabgeordneten Cordula Eger, zusätzlich der Wirtschaftspolitische Sprecher Andreas Schuster mit. „Viele wirtschaftspolitische Entscheidungen EU-Ebene haben eine direkte Auswirkungen auf Thüringen, deshalb freue ich mich dabei zu sein“, erklärte Schuster bei der Reise.

Der Europarat in Straßburg

Die erste Institution, die wir im Zuge des Besuchs näher kennen lernen durften, war der Europarat, der seit seiner Gründung 1949 als Europas führende Organisation für Menschenrechte agiert. Der Europarat hat aktuell - nach dem Austritt der Russischen Föderation am 16. März 2022 - 46 Mitgliedsstaaten, darunter die 27 Mitglieder der EU und setzt sich damit für die Förderung von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit von 700 Millionen Menschen ein. Dafür entwickelt er Normen und Konventionen, deren Einhaltung er dann mit verschiedenen Organen überwacht. Die Mitgliedsländer stimmen dem Abkommen freiwillig (Ratifizierung) und mit der Absicht der Verbesserung ihrer Länder zu. *Die wichtigsten Erfolge sind im Schaukasten aufgelistet.*

Den Ausschussmitgliedern wurde bei ihrem Besuch berichtet, dass alle Mitgliedsländer üblicherweise in einem Fünfjahresturnus von Vertretern des Rates besucht und auf deren Rechtsstaatlichkeit geprüft werden. Bei Bedarf werde das Monitoring allerdings engermaschiger und die Kontrollbesuche häufiger. „Es ist sehr wichtig, dass der Rat auch innerhalb seiner Mitglieder wachsam bei der Verteidigung der Menschenrechte bleibt“, so Gleichmann. Auch bei Wahlen kann der Europarat, allerdings nur auf Einladung, überwachend tätig werden, oder sich für deren Durchführung einsetzen - aktuell z.B. in der Ukraine, wo die Wahlen kriegsbedingt bisher verschoben wurden. Hannsgeorg Beine, Beigeord-



„Es ist sehr wichtig, dass der Rat auch innerhalb seiner Mitglieder wachsam bei der Verteidigung der Menschenrechte bleibt“

Markus Gleichmann
Sprecher für Umwelt-, Klima- und Energiepolitik, Europapolitischer Sprecher

neter der Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat, berichtete den Ausschussmitgliedern sehr nah und direkt von seiner Arbeit und seinen Erfahrungen, die auch emotional immer wieder fordernd sei. So auch, wenn man sich mit Schicksalen von Betroffenen von Menschenrechtsverletzungen auseinandersetze, oder mit Ländern, die sich gegen die Einhaltung bestimmter Konventionen wehrten. Beine warnte mit klaren Worten davor, dass das Erstarken konservativer Kräfte zu einer klaren Verschlechterung der Rechtsstaatlichkeit in Europa führe und dass das Infolgedessen Ignorieren von Urteilen des Europarates eine gefährliche Dynamik darstelle, die sich negativ auf die Lebensqualität der europäischen Länder und des miteinander auswirken wird. Beispiele wie die Verschlechterung der Situation der Frauen in Polen oder Pressefreiheit einiger Länder führten nochmal klar

vor Augen, wie wichtig die Verteidigung demokratisch-freiheitlicher Grundrechte gegen konservative Kräfte auch in den Regionen wie Thüringen, am Ende eine wichtige Auswirkung für viele Menschen hat.

Wie die Regionen direkt im Europarat wirken, erklärten Vertreter des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates (KGRE). Er dient als institutionelle Vertretung der über 200.000 regionalen und lokalen Gebietskörperschaften der 46 Mitgliedsstaaten. Er vertritt die Interessen der Regionen vor Ort und erarbeitet Berichte, Empfehlungen und Entschlüsse zu Fragen der Kommunal- und Regionalpolitik für das Ministerkomitee, dem wichtigsten Entscheidungsorgan des Europarates. Der KGRE ist eines der europäischen Gremien, bei denen Markus Gleichmann für Thüringen als direkter Vertreter zur Interessenvertretung entsendet wird. Es war spannend direkt zu erfahren, wie der KGRE arbeitet und wie auch Thüringen seine Interessen vertreten kann.

Europäische Gerichtshof

Als Kontrollorgan für die Einhaltung der vom Europarat vereinbarten Chartas ist der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) tätig, in den der Ausschuss dank Axel Müller-Elschner tiefere Einblicke gewinnen konnte. Jeder Mensch in einem Europarat-Mitgliedstaat - egal welcher Nationalität - kann sich nach Ausschöpfung der nationalen Rechtsmittel an den Gerichtshof wenden, wenn er der Meinung ist, seine Menschenrechte seien vom Staat verletzt worden. Oft gehe es z.B. um menschenunwürdige Haftbe-

dingungen, überlange Verfahrensdauer oder unrechtmäßiger Verhaftung. Als Urteile werden Entschädigungszahlungen oder die Umsetzung bestimmter Forderungen (bspw. Haftentlassung) verhängt. Eine Arbeit, bei der man sich mit viel menschlichen Unrecht auseinandersetzen, aber eben auch für dessen Verbesserung kämpfen könne, so Müller-Elschner.

Fehlende Sanktionen

Gleichzeitig zeigte er aber erneut die Problematik auf, die sich schon in den anderen Gremien gezeigt hatte: die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten. Denn weder der Bruch ratifizierter Chartas noch der Urteile des Gerichtshofes hat am Ende konkrete Folgen. Der Europarat sieht sich als diplomatisches Bündnis, in dem die Mitgliedsstaaten am Ende freiwillig entscheiden, ob sie den Verhandlungen und diplomatischen Druck zugunsten ihrer Einwohner folgen oder nicht. Einziges Sanktionsinstrument sei der Ausschluss, wie er nach 26 Jahren Mitgliedschaft der Russische Föderation gedroht hatte, und der sie selbst durch einen Austritt zuvorgekommen war. Lange hatte man dies mit Verhandlungen verhindern wollen, da damit auch die Bindung an die Europäischen Menschenrechtskonvention aufgekündigt sind, womit das Land - und vor allem seine Menschen - keinen Zugang mehr zur Gerichtsbarkeit des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte haben. Ein bitteres Beispiel dafür, das eine europafeindliche Politik am Ende vor allem den Menschen der Länder schadet, die sie betreiben. *Ein Bericht von Pauline Lörzer*

Mehr zum Arbeitsbesuch des Ausschusses Europa Kultur und Medien in Straßburg gibt es im kommenden Parlamentsreport.

Erfolge des Europarats

Zu den wichtigsten Erfolgen gehören z.B. die **Istanbul-Konvention** (Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Mädchen) von 2011, die **Anti-Folterkonvention** (Vorbeugung der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) von 1984, die **Europäische Sozialcharta** von 1965, das **Rahmenübereinkommen zum Schutze nationaler Minderheiten** (trat 1998 in Kraft) und als eine der bis heute wichtigsten Erfolge die **Europäische Konvention für Menschenrechte** (EMRK), die bereits vor 73 Jahren in Kraft trat.

Petition des Monats

Brennstoffhilfen in Thüringen - Rückblick und Bilanz



Vor einem Jahr, im Herbst 2022, trafen die ersten Petitionen ein, die eine Entlastung für Besitzer von Heizöl-, Flüssiggas und Pelletheizungen forderten. Am 20. Oktober 2023 lief die Antragsfrist für Mittel aus dem Brennstoff-Härtefonds ab. Grund genug, um zurückzuschauen und Bilanz zu ziehen.

Zum Hintergrund

Im Februar 2022 hat Putin die Ukraine überfallen und in der Folge den Gashahn nach Westeuropa zugekehrt. Es kam zu einem Preisschock bei Erdgas. Aber auch die Preise für andere Energieträger wie Heizöl und Holzpellets folgten den Gaspreisen. Um die Privathaushalte zu entlasten, beschloss der Bundestag Energiepreisbremsen für Strom, Gas und die Wärmeversorgung. Leider wurde dabei ein erheblicher Teil der Bevölkerung vergessen. Besonders im ländlich geprägten Thüringen heizen viele Menschen noch mit Öl- oder Flüssiggasheizungen ihre Einfamilienhäuser. Wer Pech hatte und seinen Heizöltank gerade dann wieder befüllen lassen musste, als die Preise am höchsten waren, zahlte schnell mehr als das Doppelte als ein Jahr zuvor. Zu recht wandten sich die Betroffenen hilflos an die Politik, da sie sich einerseits gegenüber Gaskunden benachteiligt fühlten und andererseits nicht wussten, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollten.

Erst Ende März 2023 hatten sich die Bundesregierung und die Länder auf die Details einer Härtefallregelung für Privathaushalte, die sogenannte nicht leitungsgebundene Energieträger nutzen, also Heizöl, Flüssiggas, Holzpellets und Co., verständigt. Über einen Monat später, Anfang Mai 2023, konnten Menschen dann erstmals entsprechende Anträge stellen.

Verspätung & hohe Hürden

Die Härtefallregelung kam nicht nur sehr spät - der Winter war nun schon vorbei - nein, die Hürden für eine Bewilligung des Antrages aber auch für die Antragstellung selbst waren viel zu hoch. Ziel war es, die Mehrkosten aus dem Jahr 2022 für Heizöl und Co. abzufedern, die über eine Verdopplung des Preisniveaus aus dem Jahr 2021 hinausgehen. Entscheidend waren dabei nicht die individuellen Beschaffungskosten, sondern eine Betrachtung der Kosten gegenüber dem Durchschnittswert des Jahres 2021, dem sogenannten

Referenzpreis. Die von Bund und Ländern festgelegten Referenzpreise waren dabei viel zu hoch. Man musste nicht nur über 1,42 Euro für einen Liter Heizöl bezahlt haben, man bekam den Zuschuss auch nur dann, wenn der Erstattungsbetrag über 100 Euro lag.

Ein Beispiel eines realen Falls illustriert diese hohen Zugangsvoraussetzungen: Ein Rentner aus Südthüringen wohnt allein in einem kleinen Einfamilienhaus. Im August 2022 war sein Heizöltank leer. In den vergangenen Jahren war es meist günstiger, wenn wann im Sommer, außerhalb der Heizperiode, Heizöl bestellt hat, nicht jedoch im Jahr 2022. Er kaufte 3.308 Liter zu einem Gesamtpreis von 4.822,09 Euro. Der Preis pro Liter hatte sich mit 1,46 Euro zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Die mögliche Förderhöhe hätte bei 99,78 Euro gelegen. Das ist nicht viel aber für den allein lebenden älteren Mann, der nur von einer kleinen Rente von rund 650 Euro im Monat lebt, wäre

es eben doch eine gewisse Erleichterung gewesen. Doch er bekam die Förderung nicht, weil der Erstattungsbetrag von 99,78 ganze 22 Cent unter dem Mindesterstattungsbetrag von 100 Euro lag und somit nicht ausgezahlt wurde. Man könnte meinen, diese Zugangsvoraussetzungen wären mehr als hoch genug, doch es geht noch weiter. Besonders ärgerlich war, dass der Härtefondsantrag nur online gestellt werden sollte. Dies grenzt insbesondere ältere, alleinlebende Menschen auf dem Land, die den Zuschuss oft besonders nötig hätten, zusätzlich aus. Es gab zwar auch die Möglichkeit, einen analogen Antrag einreichen zu können. Das nötige Formular bekam man aber zunächst nur, wenn man eine Hotline anrief und einen analogen Antrag einforderte. Und die Nummer der Hotline fand man - wie sollte es auch anders sein - nur online auf der Homepage der Thüringer Aufbaubank.

Analoges Antragsformular

Zu Recht beklagte die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, dass man so mit den Menschen nicht umgehen kann. Es drängte sich der Eindruck auf, dass der Härtefonds und das ganze Antragsverfahren extra so ausgestaltet wurden, um möglichst wenig Zuschüsse für Brennstoffkosten auszahlen zu müssen. Um dennoch möglichst vielen Menschen, die keinen Onlinezugang haben, die Möglichkeit zu geben, einen Antrag auf Brennstoff-Härtefallhilfen einzureichen, hatte sich DIE LINKE dazu entschlossen, das analoge Antragsformular allen interessierten Menschen unkompliziert zur Verfügung zu stellen. Es konnte über die Wahlkreisbüros der Landtagsabgeordneten bezogen werden. In der Folge klingelten die Telefone in den LINKEN-Büros heiß. Zahlreiche Menschen nahmen das Angebot dankbar an und holten sich die Anträge ab oder ließen sie sich nach Hause schicken.

DIE LINKE hilft!

Vom 8. Mai bis 20. Oktober 2023 konnten Anträge auf Härtefallhilfen für nicht leitungsgebundene Energieträger gestellt werden. Mit Stand 23. Oktober 2023 wurden in Thüringen 12.753 Anträge eingereicht, davon 1.980 (15,53 Prozent) in Papierform. Bewilligt wurden insgesamt 10.944 Brennstoffhilfen (85,8 Prozent). 573 Anträge wurden abgelehnt (4,49 Prozent). Auch wenn wir dabei bleiben, dass die Hürden für einen erfolgreichen Antrag auf Brennstoffhilfen viel zu hoch waren und viele Menschen keine finanzielle Unterstützung erhalten haben, so wurden doch die Brennstoffkosten von über 12.000 Haushalten etwas abgedeckt. Ausgehend von den vielen Petitionen, die eine Unterstützung bei den enorm gestiegenen Preisen für Heizöl, Flüssiggas, Holzpellets und Co. forderten, hat sich DIE LINKE aufgemacht, um insbesondere Menschen ohne Online-Zugang konkrete Hilfe vor Ort anzubieten und das mit Erfolg. Dass etwa jeder 6. Antrag in Papierform eingereicht wurde, ist zu einem großen Teil auf das Hilfsangebot der LINKEN zurückzuführen. Es hat sich gezeigt: DIE LINKE hilft!



Der **Petitionsausschuss** entscheidet über die an den Landtag gerichteten Petitionen (Artikel 65 Abs. 1 der Verfassung des Freistaats Thüringen). Das Petitionsrecht ist ein wesentlicher Bestandteil einer lebendigen Demokratie, der Petitionsausschuss die wichtigste Schnittstelle zwischen dem Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern. Aus diesem Grunde kommt dem Petitionsausschuss eine ganz besondere Bedeutung zu.

Anja Müller, Sprecherin für Verfassung, Demokratie und Petition der Fraktion DIE LINKE ist Vorsitzende des Ausschusses



Mehr zum Thema Petitionen finden Sie auf:
www.die-linke-thl.de/aktuelles/ressorts/petitionen/



Tarifrunde Einzelhandel

Streikdemonstration in Erfurt

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di rief Anfang November die Beschäftigten verschiedener Einzelhandelsunternehmen in Thüringen erneut zum Arbeitskampf auf. Am 3. November 2023 endete die sechste Verhandlungsrunde in der Tarifauseinandersetzung des Einzel- und Versandhandels Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ergebnislos. ver.di fordert für die Beschäftigten u. a. 2,50 Euro mehr Lohn und Gehalt pro Stunde, was einer Anhebung des Eckgehalts um ca. 15 Prozent entspricht. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen. Die Arbeitgeber bieten lediglich Erhöhungen im Um-

fang von 10,0 Prozent an – allerdings gestreckt auf zwei Jahre. Die Arbeitgeberseite verweigert die Fortsetzung der Verhandlungen. Die streikenden Beschäftigten kämpfen für ein reallohnsicherndes Tarifangebot ihrer Arbeitgebenden.

Fraktionsvorsitzender Steffen Dittes überbrachte auf dem Erfurter Anger kämpferische Grüße der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Es geht darum, dass das, was erwirtschaftet wird, auch an die verteilt wird, die es erarbeiten – und das seid ihr! Es geht um mehr als nur eure Lohtüte, es geht auch um soziale Gerechtigkeit!“

Streikkundgebung TV-L

Schaft und Güngör in Jena

Im Vorfeld der dritten Verhandlungsrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder vom 7. bis 8. Dezember fand in Jena eine Streikkundgebung der Gewerkschaft ver.di statt. Bisher hat die Arbeitgeberseite kein Angebot vorgelegt, die Gewerkschaft ver.di fordert für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder eine Lohnerhöhung über 10,5 Prozent, jedoch mindestens 500 Euro mehr pro Monat.

„Es ist allerhöchste Zeit, dass ein tragfähiges Angebot vorlegt wird, was sich am Tarifabschluss der Bundesbeschäftigten des öffentlichen Dienstes

orientiert. Die Inflation macht keinen Unterschied zwischen Bundes- und Landesbeschäftigten, genauso wenig wie die Preise im Supermarkt sich danach richten, in welchem Tarifgebiet jemand angestellt ist. Insbesondere die unteren Lohngruppen brauchen jetzt eine spürbare Entlastung, am besten noch vor den Festtagen.

Als LINKE-Fraktion stehen wir solidarisch an der Seite aller, die Arbeitskämpfe gegen Reallohnverluste führen“, erklärt Lena Sanieye Güngör, arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

